

sicht und den Mut hatte, aus der Existenzkrise des sozialistischen Systems die Konsequenz einer fundamentalen Reformpolitik zu ziehen. Dabei setzte er allerdings Entwicklungen in Gang, die über seine begrenzten Ziele und damit auch über ihn selbst hinweggegangen sind.

Daß bei der Neugestaltung der sowjetischen Westpolitik auch die deutsche Frage erfolgreich gelöst werden konnte, war Folge der Tatsache, daß sich das freie Deutschland über Jahrzehnte als demokratischer Staat und als Verbündeter der westlichen Allianz bewährt hat und daß es – wenn auch bei den europäischen Nachbarn eingeschränkt durch belastende historische Erinnerungen – Vertrauen gefunden und erhalten hat.

Die Annahme, die zum Beispiel Egon Bahr bis 1990 immer wieder mahnend in die Diskussion gebracht hat, NATO-Mitgliedschaft und deutsche Teilung seien Zwillingsgeschwister, sie hat sich als irrig erwiesen. Richtig ist: Die NATO und die Wiedererrichtung und Sicherung des vereinten demokratischen Deutschland hängen untrennbar zusammen.

Drittens: Unentbehrlich für die Wiedererlangung der Einheit war die uneingeschränkte Unterstützung durch die USA. Am vergangenen Freitag ist in Stuttgart die historische Leistung von Präsident George Bush, der sich um die Einheit unseres Landes verdient gemacht hat, zu Recht gewürdigt worden. Und wenn man über die Kennedy-Brücke in Bonn fährt, kann man sich für spätere Zeiten sicherlich noch manche zusätzliche Würdigung von George Bush auch in Berlin vorstellen. Ich bitte um Nachsicht, daß ich meine Zeit etwas überschritten habe. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Seiters. Auf den Vortrag von Herrn Seiters über die Politik der Bundesrepublik in der Phase, über die wir hier diskutieren, folgt jetzt ein Vortrag von Markus Meckel über die gleichzeitige Politik der DDR. Bitte Markus Meckel.

Markus Meckel, MdB: Es ist nicht ganz einfach, nicht nur nach diesem Tag, sondern überhaupt, über die Politik der DDR im Vereinigungsprozess zu reden. Denn die Perspektiven sind sehr vielfältig, und die Fragen der Innenpolitik, wobei ich jetzt meine, der deutsch-deutschen Politik, und der Außenpolitik sind eng miteinander verflochten. Ich denke, es ist wichtig, das ist mein Eindruck der letzten Tage und der Feierlichkeiten um den 3. Oktober, überhaupt noch einmal die Perspektive und auch manche Perspektivverschiebungen, die es in der Wahrnehmung dieses Prozesses gegeben hat, deutlich zu machen. Bei diesen Feierlichkeiten war die Rede von den Verdiensten der Präsidenten Bush und Gorbatschow, was ja auch mit Recht geschah, natürlich von Helmut Kohl, auch hier ist das Recht nicht zu bestreiten, und von den mutigen Menschen auf den Straßen der DDR, die das alles möglich gemacht haben. Man könnte glauben, daß nach spontanen Demonstrationen durch eine plötzlich mutig gewordene DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 das SED-Regime plötzlich zusam-

mengebrosen sei und die Bundesrepublik den ganzen Laden übernommen habe.

Dies scheint die eine Perspektive. Die andere, noch schlechtere in meiner Sicht, die noch öfter bis in Bundestagsreden hinein zu hören ist, lautet, daß 16 Millionen Ost-Deutsche durch die Einheit die Freiheit erhalten haben. Die Beispiele für solche Perspektiven und Varianten ließen sich mehren, und es gibt dann eine ganze Palette dazwischen. Sie machen deutlich, daß in der Erinnerung der allermeisten Menschen heute die Demonstrationen, der Mauerfall, die Wahl und die deutsche Vereinigung zu einem Ereignis zusammenfließen, das dann auch noch verharmlosend „Wende“ genannt wird. Das ist oft, wie ich denke, nicht böser Wille. Man macht sich einfach keine Gedanken darüber. Wenngleich natürlich manchmal auch Interessen im Spiel sind.

Die DDR als eigenständiger Akteur – oder besser, mit eigenständigen Akteuren – im Vereinigungsprozess kommt normalerweise nicht vor. Vieles ist hier bis heute auch nicht erforscht. Das muß man natürlich dazusagen. Die Darstellungen und Dokumentationen der Bundesregierung lassen diese Dimension zu großen Teilen weg. Zwar sind die Materialien weitgehend zugänglich, aber es gibt keine Ausgaben dieser Dokumente, zum Beispiel eine Gesamtausgabe der Plenardebatten der Volkskammer, die ich für ungeheuer wichtig hielte, dieses Projekt ist bis heute nicht einmal in Angriff genommen. Oder die Protokolle des Ministerrates oder auch des Koalitionsausschusses. Wer kennt die unterschiedlichen Perspektiven und Handlungsebenen aus der Sicht der DDR? Dies alles fällt in der Darstellung, in der Erinnerung völlig unter den Tisch. Daß mir selbst die Materialien des eigenen Ministeriums bis heute nicht zugänglich sind, ist dann nur noch ein Witz, wenn man es locker nehmen will, weil das einzige Ministerium, dessen Akten nicht zugänglich sind, eben dieses Außenministerium ist, wie ich finde mit sehr schlechten Argumenten. In den ersten zwei Jahren der deutschen Einheit gab es dafür noch gute Argumente, die Herr Genscher ja auch genannt hat. Heute gibt es sie wahrhaftig nicht mehr.

Ein Rückblick braucht aber die verschiedenen Facetten dieser Geschichte, die Darstellung der unterschiedlichen Positionen der Akteure und ihrer Entwicklung, ihrer Hintergründe, zumal es sich, darin sind wir uns ja wohl alle einig, um eine Glücksstunde deutscher Geschichte handelt, und gleichzeitig ist es auch ein wichtiges Erbe deutscher Demokratiegeschichte.

In meinem ersten Punkt, wenn dies eine Vorbemerkung war, möchte ich den Weg der deutschen Einheit als Weg der institutionellen Selbstbestimmung der DDR-Bürger beschreiben.

Wer die historischen Abläufe der 14 Monate zwischen dem Sommer 1989 und dem 3. Oktober 1990 genau betrachtet, wird in der DDR verschiedene Phasen unterscheiden müssen. Zuerst die Zuspitzung der Krise im Sommer 1989, verstärkt durch die Fluchtwelle und die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, dann die Herbstrevolution unter der Führung neuer oppositioneller

Organisationen, die durch den machtvollen Druck der Straße mit dem Sturz der SED-Diktatur und dem Mauerfall endete. Es folgte die Regierungszeit Modrow, in der dieser die Macht von der Partei zur Regierung verlagerte und für die SED-Genossen zu retten suchte, was zu retten war, und gleichzeitig die Zeit des Runden Tisches, der dies zu verhindern suchte, die Regierung kontrollieren wollte und in zentralen Fragen Modrow auch zum Einlenken zwang – beileibe nicht in allem, wo es notwendig gewesen wäre. Die Hauptaufgabe des Runden Tisches war jedoch die Vorbereitung der freien demokratischen Wahlen. Anders als in Polen war bei uns das Ergebnis des Runden Tisches nicht die Teilung der Macht, sondern die wirklich freie Wahl. Das heißt, wir haben die Macht nicht abgehandelt, was dann auch für die Fragen der Aufarbeitung und die Unterschiede zwischen der DDR beziehungsweise Deutschland und Polen eine nicht unwichtige Rolle spielt.

Die letzte Phase beginnt mit der frei gewählten Volkskammer und der von ihr gewählten Regierung. Diese bereitete dem Wählerauftrag gemäß in Verhandlungen und Verträgen die Vereinigung vor – im Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, im Einigungsvertrag und im Zwei-plus-Vier-Vertrag. Die gewählte Volkskammer beschloß den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 Grundgesetz.

Dieser institutionelle Ablauf bis zum Tag der deutschen Einheit ist ein Weg der Selbstbestimmung der Ostdeutschen. Wir Ostdeutschen sind nicht wie ein maroder Apfel an die Bundesrepublik gefallen, sondern zielten die Einheit an und vollzogen den Beitritt erhobenen Hauptes. Hier handelten von den DDR-Bürgern frei gewählte Institutionen und Personen.

Wie hätte ein solcher Prozeß besser laufen können?

Der Weg der Freiheit führte geradlinig in die Einheit. Was die institutionellen Abläufe angeht, kann ich nur sagen: Es war schwierig genug, aber hier wurden alle Träume wahr!

Aber es waren nicht nur Träume, sondern es war auch politische Strategie, der politische Wille zur Selbstbestimmung. Ich verweise zum Beispiel auf eine Erklärung, die wir im SDP-Vorstand am 3. Dezember 1989 beschlossen. Andere könnten wahrscheinlich anderes hinzufügen. Unsere Erklärung enthielt damals folgende Momente:

- Wir wollten die Einigung als wohlorganisierten Prozeß zwischen zwei demokratisch legitimierten, gleichberechtigten deutschen Staaten, in dem die Interessen des schwächeren Teils, der Bevölkerung der DDR, angemessen vertreten und berücksichtigt sind. Deshalb war die wichtigste Forderung die Konstituierung eines frei gewählten Parlaments, einer legitimierten Regierung in der DDR.
- Die deutsche Einigung sollte nicht auf Kosten der sozial Schwachen in der DDR gehen. Das war der zweite Punkt.

- Der dritte: Sie sollte den europäischen Einigungsprozess fördern, die Sicherheit in Europa nicht gefährden und den Deutschen volle Souveränität geben.
- Viertens: Die Nachbarn Deutschlands sollten sich der endgültigen Anerkennung ihrer Grenzen und der Solidarität Deutschlands auf ihrem Weg der Demokratisierung sicher sein.

Ich bin mir bewußt, daß viele in Ost und West die deutsche Vereinigung nicht als selbstbestimmten Weg der Ostdeutschen sehen können oder wollen. Für die Ostdeutschen ist es klar, daß viele sich von westlicher Dominanz der Strukturen und Personen überrannt fühlten. Aber dazu komme ich noch. Für die Geisteslage im Westen ist es zum Beispiel bezeichnend, daß ich in dem ersten Rentenüberleitungsgesetz, das wir 1992, glaube ich, beschlossen haben, es wurde dann später korrigiert, als ehemaliger Minister als „systemnah“ galt und entsprechenden Kürzungen unterworfen wurde, denn der Stichtag war damals der 2. Oktober 1990. Es war den Beamten, aber auch den Politikern nicht aufgefallen, daß die DDR seit dem März 1990 ein demokratischer Rechtsstaat war... Diese Frage von Terminierung kommt ständig vor, und zwar bis heute.

Wichtig für die Frage der Perspektive der deutschen Einheit ist eine Erinnerung an die Diskussion um den Art. 23. Als Ende Januar 1990 die rechtliche Möglichkeit für die Vereinigung nach Art. 23 in die Diskussion kam, hatten wir selbst im Vorstand der SDP eine harte Auseinandersetzung über den Weg zur deutschen Einheit. Einige wollten wie ein Großteil der Bevölkerung die sofortige und unmittelbare Vereinigung per Beitrittsbeschluß. Ihnen waren sowohl der internationale Zusammenhang wie die konkreten Bedingungen, die nach unserer Meinung vorher geregelt sein mußten, eher zweitrangig. Ich erinnere mich an eine Sitzung des Vorstandes am 14. Februar 1990, in der wir anhand erster Entwürfe darzustellen versuchten, es war fast wie eine Stunde der politischen Bildung, was alles zu regeln sei, wenn zwei so unterschiedliche Gesellschaften zusammengeführt werden. Unser Ziel war deshalb ein Stufenplan zur deutschen Einheit. Fazit: Wenn es eine Vereinigung ohne einen Vertrag gibt, wird dies alles, was wir da beschrieben hatten, allein im Westen entschieden, und wir sind als politisch Mitbestimmende draußen. Ein einfacher Anschluß würde zur Benachteiligung der DDR-Bürger führen. Wir setzten uns in dieser Sitzung dann schließlich durch. Unser erstes Ziel mußten gerade um einer gut organisierten Vereinigung willen handlungsfähige demokratische Strukturen sein. Wir brauchten Parlament und Regierung, die dann die Einigung zu organisieren hatten. Nur so würde sich die Einheit Deutschlands im aufrechten Gang vollziehen lassen! Wer dies wollte, dies war die Absicht, mußte dann aber natürlich auch erst die demokratischen Institutionen schaffen.

Nach der Wahl war die Perspektive klar. Nicht, wie wir ursprünglich wollten, nach Art. 146, sondern nach Art. 23. sollte die Einigung vollzogen werden, wegen der Unkompliziertheit und weil es sehr viel schneller zu machen war. Wir waren uns dann in den Koalitionsgesprächen aber auch sehr schnell einig, daß dies nicht ein Beitritt mit Handschlag sein könne, sondern daß dieser erst

nach entsprechenden Verhandlungen erfolgen solle, die das Zusammenführen der verschiedenen Bereiche so unterschiedlicher Gesellschaften zum Thema haben müßten. Dies war nicht selbstverständlich. Es sei nur daran erinnert, daß wir in der Koalitionsvereinbarung extra festgeschrieben haben, daß der Beitritt nur für die ganze DDR erfolgen könne, denn es gab damals durchaus die Vorstellung, und so rechtlich klar war das offensichtlich auch nicht, daß einige Gebietskörperschaften, zum Beispiel eine Stadt, einfach den Beitritt hätten erklären können. Diese Angst und diese Befürchtung spielten damals in der Diskussion noch eine Rolle und auch in den Koalitionsverhandlungen. Gleichzeitig gab es auch in der Zeit der neuen Volkskammer die Gefahr, daß überstürzt einfach ein Beschluß gefaßt würde. Ich erinnere an den 17. Juni 1990, wo ein nicht geringer Teil der Großen Koalition, DSU, und Teile von Bündnis 90 sich an dem Versuch beteiligten, den sofortigen Beitritt zu beschließen. Dies zu verhindern, war kein leichter Akt. Wichtig war, daß de Maizière, Richard Schröder und Reinhold Höppner gemeinsam das Notwendige taten. Man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet hätte, wenn plötzlich der Beitritt beschlossen worden wäre. Die Bundesrepublik hätte sich nicht wehren können. Er wäre beschlossen worden, und was dies außenpolitisch bedeutet hätte, mag man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Ein Problem für die Politik war, daß man die Instrumentarien des Handelns innerhalb der eigenen Verwaltung, innerhalb des eigenen Parlamentes erst einmal schaffen mußte. Man mußte die Volkskammer erst zu einem Parlament machen, vorher war sie nur eine Abstimmungsmaschine gewesen. Selbst da, wo es entsprechende Institutionen gab wie eben beim Parlament, waren die Handlungsabläufe völlig neu zu gestalten und war ihnen ein entsprechender Rechtsrahmen zu geben. Die Sozialdemokraten waren, wie sich dann herausstellte, die einzigen, die sich vorher darum gekümmert und auch darauf vorbereitet hatten. Martin Gutzeit hatte daran einen nicht unwesentlichen Anteil. Was muß eigentlich alles geregelt werden, und was hat Priorität? Oder eben auch Geschäftsordnungen. Das Festlegen von Prioritäten, von Gesetzgebungsplänen. Oder ich denke an die Arbeitsweisen der Ministerien. Ich, aber das ging ja anderen nicht anders, wir kamen in Häuser mit sehr sehr vielen Angestellten, denen wir mißtrauten. Ich ging da mit drei Leuten hinein, und es war keine leichte Aufgabe, in einer solchen Konstruktion überhaupt handlungsfähig zu werden. Insgesamt war ich 130 Tage Außenminister. Normalerweise sagt man, nach 100 Tagen fängt man an, ernstgenommen zu werden, da war meine Zeit im wesentlichen beendet.

Ich glaube, es lohnt sich, heute noch einmal die Koalitionsvereinbarungen der Großen Koalition der DDR und die Regierungserklärung von Lothar de Maizière nachzulesen. Sie beschrieben die Fülle der Aufgaben jenseits des unmittelbaren Verhandlungsgeschäftes, um überhaupt mit Fug und Recht sagen zu können, wir sind legitimierte Vertreter dieser Regierung und können und wollen, natürlich mit der Perspektive der Vereinigung, aber auch schon für die Zeit vorher rechtsstaatliche demokratische Verhältnisse schaffen. Ich will dies

jetzt nicht ausführlicher ausführen, mein Manuskript liegt draußen (s. Anlage 3). Ich will auf zwei Punkte aber noch eingehen.

Einmal war die Situation der Verhandlungen meines Erachtens sehr stark davon geprägt und, wie ich fand, auch behindert, daß die gesamte Vereinigung in einem Wahljahr stattfand. Ohne das Wahljahr hätte, davon bin ich überzeugt, Helmut Kohl das Angebot Hans-Jochen Vogels von Anfang 1990, dies als eine gemeinsame nationale Aufgabe über Parteigrenzen hinweg zu gestalten, angenommen. So war dies nicht der Fall. Jede Entscheidung im Vereinigungsprozess war geprägt von der Perspektive der Bundestagswahl. Das ließ sich in vielen Bereichen zeigen, und es wirkte auch auf die Koalitionsregierung in der DDR zurück. Als Beispiel erwähne ich nur, daß ich selbst erste Entwürfe meines Koalitionspartners über Überlegungen und Positionsbestimmungen des Einigungsvertrages, die im Büro Krause gemacht worden waren, nicht von meinem Koalitionspartner erhielt, sondern durch Indiskretion aus dem Bundeskanzleramt. So sah dann auch die Verhandlungspraxis aus, das heißt, auch die Handlungsfähigkeit in Bezug auf wirkliche Verhandlungen, wer da nun mit wem verhandelt, das ist dann ausgesprochen kompliziert gewesen. Wichtige Entscheidungen fanden am Ende mehr zwischen der Koalition in der Bundesrepublik und dem Bundesrat statt, weil eben die Regierung der DDR damit nicht klar kam und in der Bundesrepublik natürlich mit den verschiedenen politischen Entscheidungsträgern die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden mußten. Ich erinnere an den Paragraphen für den Schwangerschaftsabbruch, Paragraph 218, einer der ganz wenigen Punkte, wo man sagen muß, daß hier eine gesamtdeutsche Reform im Gefolge der Einigung zustande gekommen ist. Daß die Volkskammer dann am 23. August 1990 einen Beitrittsstermin festlegte, bevor der Einigungsvertrag wirklich zu Ende verhandelt und unterschrieben war, war für jeden Verhandlungsführer, der noch etwas durchsetzen will, eine völlig abwegige Situation. Das macht meines Erachtens die Unfähigkeit der DDR-Regierung in dieser letzten Phase offenkundig, eigenständige Positionen umzusetzen. Es war klar, die Musik spielte in Bonn. In Berlin hatte man das Zepter im wesentlichen schon aus der Hand gelegt oder es nicht in die Hand bekommen.

Wichtig ist es, sich noch einmal unseren Ansatz für die Verhandlungen zu vergegenwärtigen. Unsere Situation war ausgesprochen kompliziert. Es war klar, wir werden beitreten, und es war auch klar, daß wir nicht die gesamte Bundesrepublik umstürzen können und wollen. Dies spielte dann in der Verfassungsfrage eine Rolle. Uns war natürlich klar, daß das Grundgesetz die beste Verfassung in der deutschen Geschichte ist, das war überhaupt unumstritten. Aber es erschien uns wichtig, doch zu einer gemeinsamen Verfassung zu kommen, zu einer neuen Verfassung, natürlich auf der Grundlage des Grundgesetzes. Eine intensive Verfassungsdiskussion über ein Jahr oder ein gutes halbes Jahr hinweg hätte eine konstitutive und existentielle Bedeutung für dieses neue Deutschland gehabt. Wir waren der Meinung, dieses Neue müßte auch in den Formen seinen entsprechenden Ausdruck finden. Dies ist in vielen Punkten nicht gelungen. Gleichzeitig, Herr Schäuble hat es in seinem Buch charakteri-

stisch ausgedrückt, wurden wir im Osten von vielen Freunden und Reformern und Leuten, die Ideen hatten, mit Reformvorschlägen überschüttet. Wir konnten, muß ich sagen, vieles einfach gar nicht lesen. Dies war, muß ich nachträglich sagen, natürlich auch eine Gefahr, die von seiten der Bundesregierung in den Verhandlungen gesehen wurde. Was würde da alles auf den Tisch kommen, wenn man jetzt Generalrevision machte. Ich muß gestehen, besonders nachträglich kann ich diese Bedenken durchaus verstehen. Andererseits denke ich doch, daß die Perspektive, die dann Platz griff, wirklich mehr eine Perspektive des Anschlusses als eine Perspektive war, die auf einen wirklich gemeinsamen Neuanfang aus war, ohne daß ich jetzt über die einzelnen Punkte und Vorschläge rechten will; und was sie dann jeweils bewirkt hätten und ob die Alternativen, die wir dann an manchen Punkten gefordert hätten, so weiterführend gewesen wären, ist eine andere Frage.

Ich komme jetzt zu dem internationalen Aspekt. Die Perspektive am Anfang war relativ klar, wir haben das heute schon besprochen. Nach den Wirren des Herbstes 1989 mußte der Westen, insbesondere die USA, wirklich das Zepter des Handelns wieder in die Hand bekommen, und dies war notwendig auch aufgrund der amerikanischen Interessen. Das muß man so klar sagen. Daß Präsident Bush die Vereinigung befördert hat, war auch eine Frage des eigenen Interesses, und daß die Vereinigung möglichst zu den eigenen Bedingungen erfolgen mußte, das heißt mit der Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands in der NATO, war auch eine Frage des eigenen Interesses, denn die Führungsmacht USA in Europa brauchte dieses Instrumentarium. Hier zeigte sich, davon war vorhin schon die Rede, was „partnership in leadership“ bedeutete. Das Beispiel der deutschen Vereinigung ist dann wirklich *das* Beispiel, wo sie praktisch wurde. Die damit verbundene Frage der Verlässlichkeit ist, da stimme ich Herrn Seiters ausdrücklich zu, für die Zukunft eine wesentliche und prägende Perspektive. Über Frankreich und Großbritannien ist heute schon viel gesagt worden, deshalb will ich das hier aussparen. Als ich selbst am 12. April 1990 Außenminister wurde, waren die wichtigsten Konstellationen für den Zwei-plus-Vier-Mechanismus festgelegt, der Zwei-plus-Vier-Mechanismus war erfunden. Als ich kurz danach das erste Mal Hans-Dietrich Genscher in seinem Privathaus besuchte, erklärte er mir die Zusammenhänge, auch die Hintergründe. Dies war für mich ein ausgesprochen wesentliches Gespräch, nicht zuletzt deswegen, weil ich selber noch in dem Gründungsvortrag zur Sozialdemokratischen Partei am 7. Oktober 1989 von einem notwendigen Friedensvertrag gesprochen hatte, um die Nachkriegszeit und die Folgen zu beenden und die volle Souveränität Deutschlands wiederherzustellen. Die Gründe, weshalb es kein Friedensvertrag sein sollte, sind klar, ich brauche das hier nicht im einzelnen zu wiederholen. Die Frage der Reparationen spielte hier eine ganz zentrale Rolle. Auch die Frage, wer mit wem verhandelt, nicht zuletzt, daß wir nun mal nicht unmittelbar mehr in der Nachkriegszeit lebten, sondern daß man Erfahrungen gemacht hatte mit einer stabilen Demokratie als Partner in Westeuropa, dies konnte man nicht einfach beiseiteschieben. Wir unterstützten diese Position und fügten hinzu: Wir haben die Demokratie erkämpft,

das heißt, wir sind nicht einfach nur die Verlierer des Zweiten Weltkrieges, sondern demokratische Partner in dieser Beziehung. So gelangten wir zu einem gemeinsamen Ansatz. Mit moralischer Legitimation wollten wir nicht nur die deutsche Einheit gestalten, sondern auch an der europäischen Zukunft mitwirken. Diesem Gestaltungswillen waren natürlich real sehr deutliche Grenzen gesetzt. Ziel der freigewählten Regierung war die Herstellung der deutschen Einheit, und deshalb war unsere Aufgabe die Selbstauflösung dieser Regierung bei rechtllichem Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland als vereintem Deutschland. Schon allein das verdeutlicht, unabhängig von dem Unterschied an politischer Erfahrung bei den Akteuren und von den eingespielten Kommunikationen im Westen, die Verteilung der Gewichte zwischen beiden deutschen Staaten in diesem Prozeß. Die Aufnahme in den Kreis der Außenminister war überaus freundlich, trotz mancher gegenteiliger Äußerung. Doch wollte man nicht, daß mit der demokratischen DDR ein zusätzlicher echter Akteur aufs Spielfeld trat. Das wurde schon darin deutlich, daß nach den Festlegungen in Ottawa im Februar 1990 nicht gewartet wurde, bis es durch demokratische Wahlen legitimierte Vertreter der DDR gab. Das erste Beamtenreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, das die Aufgabe hatte, das erste Außenministertreffen vorzubereiten, fand vier Tage vor der Volkskammerwahl in der DDR statt! Trotz dieser denkbar schlechten Voraussetzungen für eine eigenständige Rolle bei den Verhandlungen entwickelten wir unsere Konzeptionen. Die wichtigsten sind dann schon in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt worden.

Erstens: Wir wollten den Prozeß der deutschen Einheit als Katalysator für die europäische Einigung gestalten. Dies war ebenfalls Ziel der Bundesregierung. Doch hatten die westlichen Staaten einschließlich der Bundesrepublik einen völlig anderen Ansatz als wir. Sie wollten vor allem die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Vereinigung, zur Ablösung der Rechte der Vier Mächte sowie die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands erreichen. Aber sonst wollten sie möglichst wenig regeln. Für die Zukunft sollten alle Optionen offengehalten werden, denn es war klar, wo künftig in Europa das Machtzentrum liegen würde. Wir dagegen hielten es für wichtig, zentrale Fragen nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Einigung und Entwicklung zumindest ansatzweise festzulegen. Daraus folgte, daß wir in verschiedenen Fragen einerseits für Übergangsregelungen plädierten, um so für die Zukunft den Prozeß im Fluß zu halten, andererseits aber wenigstens doch die Richtung vorgegeben sehen wollten. Gerade solche Übergangsregelungen wurden von westlicher Seite aus den oben genannten verständlichen Gründen mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir hofften, daß es nach dem Ende der Konfrontation der beiden Blöcke im Kalten Krieg möglich wäre, diese Blöcke schrittweise zu überwinden, ein Modell, das auch in den 80er Jahren insbesondere von anderen immer wieder angesprochen worden war. Anders wiederum als andere in der DDR waren wir auch strikt gegen jede Art von Neutralität. Daher strebten wir drastische Abrüstungsschritte und Übergangsregelungen bei den gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen an.

Die Stärkung der KSZE hatte für uns eine hohe Priorität. Gemeinsam mit Polen und der Tschechoslowakei entwickelten wir beispielsweise eine Initiative zur Institutionalisierung der KSZE, die sogenannte trilaterale Initiative. Bevor wir für eine Übergangszeit einer abzusehenden NATO-Mitgliedschaft zustimmen würden, wollten wir alles zur Veränderung ihrer Funktionen und Strategien tun. Das Aufgeben der Vorneverteidigung, der Strategie der flexible response, des nuklearen Ersteinsatzes, der Kurzstreckenraketen, all dies war für uns Thema. Für mich persönlich spielte in der Frage der Perspektive der NATO-Mitgliedschaft die Reise Anfang März nach Washington eine wichtige Rolle, ebenso der NATO-Besuch in Brüssel, bei dem ich Herrn Wörner besuchte und auch Herrn Kornblum traf, weil, ich gestehe, mein Bild von der NATO sich damit auch deutlich veränderte. Gleichwohl, die Beschlüsse des NATO-Gipfels vom Juli 1990 reichten mir auch in den strukturellen Fragen der Strategien nicht aus.

Zweitens: Wir fühlten uns unseren östlichen Nachbarn, die mit uns unter der Diktatur gelitten und sich ebenfalls davon befreit hatten, tief verbunden. Das schloß auch die Völker der Sowjetunion mit ein. Wir anerkannten die Verdienste Gorbatschows um die Demokratisierung des Sowjetsystems. Es erschien uns nicht nur aus moralischen, sondern auch aus grundsätzlichen politischen Gründen unerläßlich, mit der Sowjetunion zu einer auch für sie wirklich tragbaren Lösung zu kommen. Eine nur aus augenblicklicher Schwäche abgerungene Zustimmung der Sowjetunion, die dort das Gefühl hinterlassen würde, den Zweiten Weltkrieg nun nachträglich doch noch verloren zu haben, würde für das Europa der Zukunft ein bleibender Unsicherheitsfaktor sein. Wir wollten auf jeden Fall ein Versailles für die Sowjetunion vermeiden. Die Berücksichtigung der sowjetischen Interessen lag aus unserer Sicht auch in unserem eigenen Interesse. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Daher war es uns wichtig, daß die Sowjetunion auch nach dem zu vereinbarenden Truppenabzug aus Deutschland fest mit Europa verbunden bleibe, und zwar auf bessere Weise. Ein Problem bei dieser Konzeption war wiederum, daß es für uns immer unmöglicher wurde, wirklich einzuschätzen, was die Position der Sowjetunion selbst war, unter welchen Bedingungen sie zustimmen würde, denn daß wir letztlich ihre Zustimmung brauchten, auch zur NATO-Mitgliedschaft, war uns klar. Die Frage des Preises war aber nicht klar, und hier wären wir wahrscheinlich eher bereit gewesen, weiter zu gehen als die Bundesrepublik beziehungsweise der Westen. Für die Sowjetunion war es unter anderem ein Problem, daß mit der Anerkennung der deutschen Souveränität der vollständige Abzug ihrer Truppen bevorstand, für die westlichen Alliierten sich jedoch nicht viel ändern würde. Schließlich war insbesondere durch die NATO-Mitgliedschaft die Bundesrepublik mit diesen inzwischen auf vielfältige Weise verbunden. Um wenigstens an einer Stelle alle vier Alliierten gleich zu behandeln, was für die Sowjetunion von großer psychologischer Bedeutung war, machte ich beim Zwei-plus-vier-Treffen in Berlin den Vorschlag, daß alle vier Siegermächte möglichst bald Berlin räumen sollten. Das hätte sicherheits-

politisch nichts gekostet, wäre aber für die Sowjetunion ein wichtiges Symbol gewesen.

Drittens: Nach unserem Verständnis sollte die Wiedererlangung der deutschen Souveränität damit einhergehen, daß wir Deutschen uns gerade darin als frei und souverän erweisen, daß wir ohne Zwang und in freier Selbstbestimmung bestimmte Selbstbeschränkungen eingehen, die ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung sein sollten. Dazu gehörte zum Beispiel der Verzicht auf Besitz, Herstellung und Stationierung sowie der Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Am liebsten hätten wir solche Beschränkungen auch im Einigungsvertrag beziehungsweise in der künftigen deutschen Verfassung festgeschrieben. Auch für die konventionelle Abrüstung und die Herabsetzung der Truppenstärken in Europa wollten wir Anstöße geben. Die Truppenstärke des vereinten Deutschlands sollte radikal herabgesetzt werden. Als ich in Berlin im Juni beim Außenministertreffen diesen Vorschlag unterbreitete, wurde er noch als Singularisierung Deutschlands vehement abgelehnt. Wenig später ist er dann jedoch umgesetzt worden. Ende August 1990 erklärten die beiden deutschen Staaten vor der Wiener Abrüstungskonferenz zum KSE-Vertrag, daß das vereinte Deutschland seine Truppen auf 370.000 Mann begrenzen würde. Diese Erklärung wurde dann auch in den Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgenommen.

Viertens: Die Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße hatte für uns zentrale Priorität. Die Grenze sollte so schnell und so unkompliziert wie möglich völkerrechtlich verbindlich und dauerhaft anerkannt werden. Nur so konnten wir erwarten, so war unsere Meinung, daß unsere Nachbarn die deutsche Vereinigung begrüßen und die mehr oder weniger latenten Befürchtungen in der polnischen Bevölkerung ausgeräumt werden. Diese Anerkennung sollte aus unserer Sicht völlig freiwillig geschehen und ohne jeden Eindruck, daß wir Deutschen dazu gedrängt werden müßten. Einen solchen Eindruck hielten wir für schädlich. Niemand sollte uns sagen müssen, wo Deutschland liegt. Die Reife der Deutschen sollte sich gerade in der freien Anerkennung der territorialen Integrität ihrer Nachbarn erweisen. Auch die später häufig gebrauchte Rede davon, daß die Anerkennung der Grenze beziehungsweise, wie es hieß, die Abtretung der früheren deutschen Ostgebiete der Preis für die Wiedervereinigung gewesen sei, führt in die falsche Richtung. Die Gebiete waren in der Folge des verbrecherischen Krieges durch Nazideutschland längst verloren, und es galt dies endlich wahrzunehmen und dauerhaft anzuerkennen. Damit das in dieser Weise zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen geschehe, maßen wir die den trilateralen Gesprächen großes Gewicht bei, die dann auch in einigen Runden stattgefunden haben, dann aber versandeten. Daher strebten wir dann einen Grenzvertrag an, der völkerrechtlich verbindlich die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigen sollte, und da unser Hauptanliegen war, die Polen zu versichern, haben wir uns dem Vorschlag von Mazowiecki angeschlossen, noch in der Zeit der zwei Staaten den Vertrag auszuhandeln und zu paraphieren und dann nach der Vereinigung Deutschlands zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Helmut Kohls lange Weigerung, die

deutsch-polnische Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, erweckte nicht nur bei uns Vorbehalte, sondern sorgte auch innerhalb der Bundesregierung für Streit und schuf international Irritationen und Unverständnis. Im Hintergrund stand bei ihm offensichtlich das Kalkül, bestimmte Wählerstimmen nicht verprellen zu wollen. Franzosen wie Amerikaner versuchten, die Polen zu beruhigen und vorsichtig auf Helmut Kohl einzuwirken. Später stimmte der Bundeskanzler einer identischen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zu, in der der Bestand der deutsch-polnischen Grenze garantiert wurde. Bald danach konnte beim Außenministertreffen in Paris eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden. Für die Pariser Tagung war wichtig, daß die Trennung vollzogen wurde zwischen dem Grenzvertrag und dem Grundlagenvertrag, wie wir damals den späteren Nachbarschaftsvertrag nannten. Ursprünglich wollten das weder die Polen noch die Bundesrepublik, jeweils aus unterschiedlichen Gründen. Wir hatten diese Trennung vorgeschlagen. Die Polen wollten möglichst auf einmal und ganz schnell alles. Die Bundesrepublik wollte den Grenzvertrag nicht so früh. So ergab sich eine Blockade. Der Durchbruch wurde dann Anfang Juli beziehungsweise in Paris vollzogen. In Paris hieß es dann, daß der Grenzvertrag unmittelbar nach der Vereinigung geschlossen werden solle, weshalb wir wiederum danach forderten, er solle in der ersten Sitzung des Parlamentes nach der Vereinigung ratifiziert werden. Dies war nicht der Fall. Daß nach der Vereinigung Helmut Kohl im Einvernehmen mit Mazowiecki diese Entkoppelung teilweise zurücknahm, indem man beschloss, den Grenzvertrag zwar zu unterschreiben aber erst gemeinsam mit dem Nachbarschaftsvertrag zu ratifizieren, das haben wir damals sehr skeptisch betrachtet. Trotz aller Schwierigkeiten, Verwicklungen, Fragen und auch Verdächtigungen, die es in dieser Frage gegeben hat, haben sich alle diese Sorgen, so muß ich heute klar sagen, in den Jahren darauf nicht bestätigt.

Die Veränderungen der DDR-Positionen, die es dann im Laufe der Zeit natürlich gegeben hat, denn in so schnell sich wandelnder Zeit waren Positionen nicht von Anfang bis zum Ende durchzuhalten, die kann ich hier im einzelnen nicht beschreiben. Ich wollte aber die Grundlinien beschreiben. Der unmittelbare Einfluß der DDR auf die Ergebnisse war naturgemäß gering. Nicht nur wegen mancher Fehler und Unerfahrenheit, sondern insbesondere durch die oben angesprochenen Rahmenbedingungen. Zu den Fehlern zähle ich das, was dann unter dem Stichwort Sicherheitszone kursierte. Es war ein Fehler sowohl in der Art, das Konzept nach außen zu geben, ohne vorher Absprachen getroffen zu haben, als auch in der Form.

Das schmale und auf wenige Verhandlungspunkte angelegte Konzept des Westens war strategisch auf einen schnellen Verlauf angelegt und hatte Erfolg. Dieser schnelle und erfolgreiche Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages öffnete das Tor zur deutschen Einheit. Er war für Deutschland und seine europäischen Nachbarn ein großer Gewinn. Und die erfolgreiche Dimension des Vereinigungsprozesses, der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, machte nicht nur für die deutsche Ein-

heit den Weg frei, sondern mündete auch in die Charta von Paris für ein neues Europa vom November 1990. Wer diese Texte heute nachliest, spürt noch etwas von der Vision eines neuen Europa, die uns und viele Menschen in Europa damals erfüllte. Heute haben wir nicht nur in Bosnien schlimme Erfahrungen gemacht. Der Optimismus ist gewichen, die Aufgaben, auch manche von denen, die wir damals in den Verhandlungen ansprachen, sind geblieben. Gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern werden wir heute dazu beitragen, den heutigen Herausforderungen bei der Gestaltung Europas gerecht zu werden. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, Sie werden bemerkt haben, daß der Zeitrahmen bei beiden Vorträgen überschritten wurde. Allerdings standen die beiden Referenten vor dem Problem, die innere Entwicklung, die äußere Entwicklung und den Vereinigungsprozess selbst darzustellen. Das Themenfeld war sicherlich sehr breit, und dementsprechend ist es wohl verständlich, daß der Zeitrahmen etwas überschritten wurde. Vieles war in den Einzelheiten der Einschätzung doch auch interessant, da die Akteure, die damals eine Rolle gespielt haben, heute ihr damaliges Tun zum Teil kritisch oder doch ansatzweise kritisch reflektieren. Angesichts der Zeitprobleme können wir keine Podiumsdiskussionen mehr durchführen, was wir eigentlich wollten, doch sollten wir uns die Zeit nehmen, noch zwei Statements dazu zu hören, und zwar von Herrn Poppe und von Herrn Irmer, die damit gleichsam die Diskussion der Enquete-Kommission eröffnen. Zunächst Herr Poppe bitte. Ich weiß natürlich, daß auch Herr Poppe sehr viel aus eigener Erinnerung darstellen kann. Aber vielleicht versucht er, sich auf einige Punkte zu konzentrieren.

Gerd Poppe, MdB: Ich werde mir Mühe geben, Herr Faulenbach. Allerdings möchte ich noch eine weitere Sicht hier einbringen, sozusagen den Kreis der Akteure erweitern. Das hat sich ja heute schon einmal angedeutet mit dem, was Janusz Reiter gesagt hat zur polnischen Solidarność und dem, was wir dazu diskutiert haben. Es ist auch bei Markus Meckel einiges angeklungen. Ich will also hier noch einiges sagen zur Sicht der DDR-Opposition und -Bürgerrechtsbewegung. Wie hat sie die Rahmenbedingungen gesehen, welche Optionen, welche Handlungsspielräume hatte sie, und wie hat sie möglicherweise ihrerseits die Rahmenbedingungen mit verändert? Nun mache ich da einen Unterschied zwischen zwei sich deutlich voneinander unterscheidenden Zeiten. Das Unterscheidungsmerkmal ist ganz einfach, das ist der Fall der Mauer. Es geht einmal um die Zeit vor dem Fall der Mauer, und dann geht es um den 9. November 1989 und die Zeit danach bis zur deutschen Einheit. Bei der Fragestellung, die uns immer wieder offeriert wird, geht es immer um bestimmte Politiker, möglichst alle die bekannten Namen, die ihre Memoiren schreiben, die immer die deutsche Einheit und nie etwas anderes wollten. Die stand im Vordergrund all ihrer politischen Überlegungen, während die Oppositionsbewegung in der DDR angeblich immer nur die verbesserte DDR, den